

den Wert eines durch Christus in Gott geborgenen Lebens erfahren und dadurch genötigt würden, den Herrn in Erkenntnis und Liebe und im Dienst an der Welt weiterzugeben.

Verstärkt die heilige Vorhut eines heldenhaften Heeres, dessen Kampf, wenn Gott will, einen Sieg und einen nur schwer auszumalenden Triumph vorbereitet.

Sodann sorgt dafür, mit allen Mitteln das Werk aller Mitarbeiter zu koordinieren, so daß aus einer zusammengefaßten Anstrengung und einem geschlossenen Willen eine einheitliche Aktion entstehe.

Die Einheit ist heute unbedingt notwendig. Seid überzeugt, daß nur ein dauerndes, geordnetes und zusammen-

gefaßtes Apostolat aus Rom eine heilige Stadt machen kann, die in Würde ihre unvergängliche Mission erfüllt, eine Stadt, wo man Gott sucht, kennt, liebt und ihm dient.

Rom muß eine Stadt sein, wo alle und alles zusammenwirkt an der Ausführung der Pläne Gottes, der alles besitzen will und alles in dem Maße zu sich emporzieht, wie es sich ihm zuwendet. Dann wird er eines Tages Alles in Allem sein. Dann wird die Heiligung des Einzelmenschen und die Harmonie der Menschheit in dem einen und einheitlichen Willen des Herrn vollendet sein, der hingeordnet ist auf den Ruhm des Vaters und das ewige Glück der Kinder Gottes.

Die Kirche in den Ländern

Die Lage der Kirche in Polen

Seit dem Oktoberumschwung im Jahre 1956 hat sich die Atmosphäre in Polen tiefgehend geändert. Zwar liest man seit einiger Zeit in der westlichen Presse immer wieder Fragen wie: Hält die Auflockerung des Oktoberumschwungs noch an? Hat sich der Kurs nicht wieder geändert? Gilt für die Kirche noch das Oktoberregime? Aber obwohl Polen weiterhin im Bereich des Ostblocks bleibt und obwohl, unter dem Druck der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die das Land durchmacht, gewisse außenpolitische Annäherungen an Rußland zu sehen sind, so kann man doch nicht mehr von einer innenpolitischen Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion sprechen, und es gibt keinerlei wirkliche Anzeichen dafür, daß sich etwa die Haltung der Regierung gegenüber der Kirche neuerlich geändert hätte. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Lage der Kirche in Polen schon ideal wäre oder daß ihre ganz konkreten Wünsche und Forderungen, ja nur die ihr gemachten Versprechungen vollständig erfüllt worden seien. Aber man kann wohl sagen: Unter den gegebenen Verhältnissen, die sich nicht ändern lassen, zumal auch keinerlei andere Ordnung als Leitbild vorschwebt und niemand die Rückkehr zu der Abhängigkeit von der Sowjetunion von vor 1956 will, ist die Lage der Kirche so gut, wie sie eben sein kann. Gewiß kann die Kirche in Polen sich darum noch keinem Gefühl der Sicherheit hingeben. Sie ringt weiter um allmähliche Zurückgewinnung ihrer Rechte auf dem Gebiet des Unterrichts, der Caritas, der theologischen Fakultäten, der Presse. Aber die Verhältnisse sind doch so, daß sie sich in den allgemeinen Aufbau, wie ihn Gomulka in seiner freieren Form des sozialistischen Staates eingeleitet hat, einfügen kann. Insbesondere kann sie teilnehmen an der Lösung gewisser allgemeiner moralischer Probleme, die heute das polnische Leben schwer belasten. Diese Probleme sind das völlige Versagen des Eigentumsbegriffs, die Gewissenlosigkeit bei allen Arten von Eigentumsdelikten, das erschreckende Nachlassen der Berufsmoral, der Alkoholismus, der Tiefstand der Geschlechtsmoral, das Cliquenunwesen, um nur die wichtigsten zu nennen. Und während alle Berichte sich darin einig sind, die tiefe Gläubigkeit des polnischen Volkes zu betonen, strömt doch mit der Lockerung der Absperrung gegen den Westen in

breitestem Strom jetzt der westliche Nihilismus ein, dem besonders die intellektuelle Jugend verfällt.

Politische Streiflichter

Auf die Probleme der inneren Entwicklung der kommunistischen Partei Polens können wir hier — obwohl sie notwendigerweise von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Kirche und der Glaubensfreiheit in Polen ist — nur mit wenigen Worten hinweisen. Sie wird zweifellos von der äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage Polens mitbestimmt. Gomulkas Sieg war dem sogenannten „linken“ Flügel des Kommunismus zu verdanken, der mit dem Stalinismus des „rechten“ Flügels Schluß machte. Der Geist dieses „linken“ Flügels trug die „Befreiung“, die Auflockerung und Demokratisierung der Oktobertage. Diesem linken Flügel scheinen in letzter Zeit immer engere Grenzen gezogen zu werden — es läßt sich schwer beurteilen, ob die kommunistische Überzeugung Gomulkas oder eine gewisse Rücksichtnahme auf die Sowjetunion aus wirtschaftlichen Gründen dazu führt. Als kennzeichnendes Ereignis dieser Lahmlegung des Geistes der kommunistischen Linken gilt vor allem das im Oktober 1957 erfolgte Verbot der Studentenzeitschrift „Po Prostu“, des mutigen Organs der jungen kommunistischen Intellektuellen. Als der polnische Schriftstellerverband einen Protest gegen dieses Verbot an das Zentralkomitee der Vereinigten polnischen Arbeiterpartei (wie die kommunistische Partei Polens heißt) richtete — der allerdings, wie alle anderen kritischen Stimmen gegen das Verbot von „Po Prostu“, nicht in der Presse veröffentlicht werden durfte —, gab Gomulka auf der X. Plenarsitzung des Zentralkomitees der Partei Ende Oktober 1957 eine Erklärung ab, in der er sagte, man müsse neben den „Dogmatikern“ (d. h. den Stalinisten) auch die „Revisionisten“ im Zuge der Konsolidierung der Partei bekämpfen. Diese Fraktion, die die Parteiideologie im bürgerlichen Sinne revidieren wolle, habe vor allem unter der Jugend und der Intelligenz Anhänger, und sie sei der gefährlichere Feind.

Während auf diese Weise die Partei innerlich gestraft werden sollte (irgendwelche Polizeiaktionen oder anderweitige Rückkehr zu diktatorischen Maßnahmen haben sich dabei aber nicht abgespielt), hat die „realistische Politik“ Gomulkas bei den polnischen Kommunalwahlen am 2. Februar dieses Jahres dazu geführt, daß eine er-

staunliche Anzahl von Nichtkommunisten in die sogenannten „Volksräte“, zumal auf dem Lande, gewählt worden ist. Dem äußeren Anschein nach waren es Wahlen im üblichen kommunistischen Stil, mit Einheitslisten und — bei 85% Wahlbeteiligung — den bekannten 97% Ja-Stimmen. Aber tatsächlich hatte vor der Wahl eine Art Vorwahl stattgefunden, als die Kandidaten für die Einheitslisten aufgestellt wurden: Sie wurden in der Presse veröffentlicht, und hier war der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, Änderungen zu verlangen: sie hat von dieser Möglichkeit ausgiebig Gebrauch gemacht. Von den für 209 840 zu besetzende Sitze aufgestellten rund 300 000 Kandidaten mußten schon vor der Wahl rund 30 000, also 10%, ausgewechselt werden, während ein weiteres Drittel den Streichungen zum Opfer fiel, die „die überwiegende Mehrheit der Wähler“ vornahm, wie Radio Moskau mitteilte. In den Großstädten und den neugeschaffenen sogenannten „Industriewahlkreisen“, die die einzelnen großen Industriewerke zu einem Wahlbezirk vereinigten, sind zwar, soviel man weiß, die Kommunisten führend geblieben. Auf Bezirks- und Kreisebene dagegen standen überhaupt nur 50% Kommunisten auf der Wahlliste, auf Gemeindeebene sogar nur 34%. Da bei der Wahl zudem noch Streichungen vorgenommen werden konnten, sind, wie man aus inoffiziellen Quellen erfährt, in vielen dörflichen Volksräten überhaupt keine Kommunisten mehr vertreten. An ihre Stelle sind Vertrauensmänner und Sachkenner getreten. Diese Tatsache könnte von weitreichender Bedeutung sein, zumal Gomułka den Gemeinden die Selbstverwaltung zurückgegeben hat, wodurch er vor allem die wirtschaftliche Stagnation zu überwinden hofft. Leider fehlt aber in Polen jegliche Übung in der Handhabung kommunaler Fragen, da die Schicksale des Landes es dessen seit Jahrzehnten völlig entwöhnt haben.

Kirche und Regime

Am 16. Februar ereignete sich zum erstenmal seit dem Oktoberumschwung des Jahres 1956 wieder ein Zwischenfall zwischen Staat und Kirche in Polen, in dessen Folge ein paar Tage später ein Geistlicher und sieben Gläubige in der polnischen Kleinstadt Zuromin verhaftet wurden, da sie sich der Beisetzung des verstorbenen kommunistischen Bürgermeisters auf dem bei der Kirche gelegenen Friedhof hatten widersetzen wollen. Der verhaftete Priester soll auf Grund des „Gesetzes über den Schutz der Gewissensfreiheit“ von 1949 bestraft werden, das „das Hauptinstrument der kommunistischen Behörden bei der Verfolgung der katholischen Geistlichen in den Jahren des Kirchenkampfes in Polen bildete“ („Neue Zürcher Zeitung“, 26. 2. 58). Dieses Dekret ist seit dem Oktober 1956 nicht mehr angewandt worden, obwohl es im vergangenen Jahr ähnliche Vorfälle wie den von Zuromin gegeben hat. Muß man hier den Beginn einer verschärften Haltung des Regimes gegenüber der Kirche, zumal gegenüber dem niederen Klerus sehen, der in der Provinz oft einen beherrschenden Einfluß ausübt? Oder bleibt es doch nur ein lokaler „Zwischenfall“? Die Freiheiten, die das Regime Gomułka der Kirche seit 1956 eingeräumt hat, scheinen im ganzen eher langsam erweitert zu werden. Vielleicht muß man als das wichtigste prinzipielle Zugeständnis der Regierung Gomułka an die Kirche ansehen, daß Gomułka auf der IX. Plenarsitzung des Zentralkomitees der Partei offiziell erklärt

hat, die Kirche Polens hänge in kirchlichen Belangen von Rom ab. Damit sind alle Versuche, eine „nationale Kirche“ zu schaffen, abgeblasen worden, und Bestrebungen sogenannter „progressiver Katholiken“, die, über die Mitarbeit der polnischen Katholiken beim sozialistischen Aufbau des Landes hinaus, ein solches Ziel haben sollten, werden sinnlos. Trotzdem bestehen selbstverständlich weiterhin Reibungsflächen zwischen den Ansprüchen der Kirche und denen des Staates vornehmlich in bezug auf den Religionsunterricht, die Caritas und die Presse. Auch die Frage der Tätigkeit der religiösen Orden und die der theologischen Fakultäten ist noch nicht völlig geregelt. Doch in all diesen Bereichen scheint die Kirche eher an Boden zu gewinnen als zu verlieren.

Der Religionsunterricht, der nach dem Oktoberumschwung in den öffentlichen Schulen prinzipiell wieder eingeführt wurde, zuerst aber infolge des Lehrermangels und auch einzelner lokaler Schwierigkeiten faktisch nicht in vollem Umfang aufgenommen werden konnte (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 464), scheint inzwischen (nach „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“, 14. 9. 57) bereits wieder 95% aller Schulkinder zu erfassen. (Die Krakauer katholische Wochenschrift „Tygodnik Powszechny“ beschwerte sich allerdings noch am 28. Juli 1957 darüber, daß an zahlreichen Schulen trotz des Wunsches der Eltern kein Religionsunterricht erteilt werde.) Über die Rückgabe der Einrichtungen der katholischen „Caritas“, die die kommunistische Regierung in Polen 1950 konfisziert und später der „Progressistengruppe“ der „Pax“ übergeben hatte, laufen seit letztem Herbst Verhandlungen mit der Kirche. Ihr Schicksal ist noch immer unentschieden, sie unterstehen vorläufig noch staatlicher Kontrolle (der Staat wendet ihr allerdings auch Gelder zu); doch konnte „Tygodnik Powszechny“ am 12. Januar berichten, daß die katholische Kirche jetzt die Erlaubnis erhalten hat, sich über caritative Fragen unmittelbar mit katholischen amerikanischen Organisationen in Verbindung zu setzen. Am 16. Februar veröffentlichte „Tygodnik Powszechny“ ein Kommuniqué des Sekretariats des Primas von Polen, daß Msgr. Pekala, Auxiliarbischof von Tarnow, auf seiner Reise durch Amerika und Westeuropa, wo er den Episkopat und die caritativen Organisationen besucht hatte, bedeutende Spenden erhalten habe.

Eine weitere bemerkenswerte Lockerung bedeutet es, daß am 18. Februar nach einer dreitägigen Konferenz der obersten bischöflichen Kommission bekanntgegeben wurde, daß die polnische Regierung künftig polnischen Priestern gestatten wird, in Rom zu studieren.

Bei derselben Gelegenheit wurde mitgeteilt, die Regierung habe der Kirche 700 Kirchenschätze zurückgegeben, die seit dem Zweiten Weltkrieg in Schloß Wawel bei Krakau verwahrt waren.

Radio Warschau gab Anfang Dezember bekannt, daß in Lodz, der zweitgrößten Stadt Polens, eine Ausstellung von sakraler Kunst eröffnet worden ist.

Auch die Einstellung zu den Orden scheint sich zu bessern. Ein Bericht von François Bernard in „La Croix“ (26. 11. 57) meldete, daß im August vorigen Jahres der Generalobere des Dominikanerordens, P. Browne, seine Ordensangehörigen in Polen wieder besuchen konnte; er gab am 15. August 17 Novizen in Posen das Habit. In seiner Begleitung reiste P. Spiazzi, der Direktor des Sozialinstituts der Dominikaneruniversität Angelicum in

Rom. Die Gesellschaft der Missionare vom Göttlichen Wort (SVD) darf wieder Nachwuchs aufnehmen und hat einen Teil ihrer zahlreichen Häuser, die konfisziert worden waren, zurückerhalten. Aufsehenerregender ist noch die Tatsache, daß auch 20 von männlichen oder weiblichen Orden geführte Schulen bei Schulbeginn im Herbst 1957 wiedergeöffnet werden durften. Die Franziskaner von Krotoschin konnten in ihr Kloster zurückkehren, das in den letzten Jahren als Konzentrationslager für Ordensschwwestern gedient hatte.

Die Diözese Danzig erhielt 1957 zum erstenmal seit ihrer Gründung im Jahre 1925 ein eigenes Priesterseminar, in dem zur Zeit 25 Seminaristen eingeschrieben sind (KNA, 3.1.58).

Weitere genaue Angaben konnte ein polnischer Redemptoristenpater, P. Lievin, machen, der Anfang Dezember an dem Internationalen Kongreß der Vollkommenheitsstände in Rom (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 207) teilnehmen durfte. Er berichtete, daß gegenwärtig in Polen wieder 34 Priesterkongregationen, 4 Laienkongregationen mit Habit und 3 ohne Habit existieren. Diesen verschiedenen Kongregationen gehören insgesamt 2946 Priester, 2699 Kleriker-Professen und 362 Novizen und weitere 1680 Laienbrüder und 102 Laienbrüder-Novizen an.

Die Salesianerpatres haben gegenwärtig in Polen 878 Professen und 54 Novizen, die Franziskaner 726 Professen und 30 Novizen und die Jesuiten 627 Professen und 53 Novizen. Die Laienkongregationen sind weniger zahlreich; diejenigen mit Habit haben insgesamt 214 Professen und 11 Novizen, die ohne Habit 156 Professen und nur einen Novizen.

Die polnischen Ordenskongregationen verwalten 321 Pfarreien und leiten 26 Große Seminarien, eine Hochschule und drei Berufsschulen; außerdem besitzen sie einige Anstalten für zurückgebliebene Kinder und unheilbar Kranke.

Im Laufe des Jahres 1957 konnte Kardinal Wyszynski ein besonderes Sekretariat zum Schutz der Ordenskongregationen in Polen einrichten, dem die wichtigsten Ordensoberen Polens angehören. Dieses Sekretariat hat vor allem die Aufgabe, den Kontakt zu den Regierungsstellen herzustellen. Es bemüht sich darum, eine Anzahl Kleiner Seminare und Schulen zurückzuerhalten, die der Staat konfisziert hatte (nach NCWC News Service). In Breslau wurde ein Institut zur Ausbildung von Priestern und Laien für den Religionsunterricht eröffnet. Neuestens konnte der St.-Adalbert-Verlag in Posen die Herausgabe einer vierzehntägigen Zeitschrift für Religionslehrer ankündigen: sie soll hauptsächlich theoretische und praktische Informationen für den Religionsunterricht bringen, doch auch Probleme methodologischer, pädagogischer, philosophischer, theologischer und pastoralwissenschaftlicher Natur enthalten (nach KIPA, 13. 2. 58).

Natürlich stehen dem immer noch viele negative Fakten gegenüber. So wurde 1957 die Weihnachtsansprache Kardinal Wyszynskis nicht von Radio Warschau übertragen wie im Jahr zuvor — während Mitternachtsmessen in fast allen lokalen polnischen Sendern gesendet wurden. Radio Warschau gab allerdings durch, die Übertragung der Predigt Kardinal Wyszynskis sei von kirchlicher Seite aus nicht gewünscht worden. Durch die gesamte westliche Presse ist Mitte Januar das Schreiben gegangen,

in dem Kardinal Wyszynski Bischof Théas von Tarbes und Lourdes mitteilte, der polnische Episkopat könne nicht an den Jahrhundertfeierlichkeiten in Lourdes teilnehmen. Dieses Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

„Der Einladung zur Hundertjahrfeier der Muttergotteserscheinungen in Lourdes hätten gern alle polnischen Bischöfe Folge geleistet, um mit der ganzen katholischen Welt an der Verehrung der Unbefleckt Empfangenen von Lourdes teilzunehmen. Da unser Episkopat sich aber in einer ungewöhnlichen Lage gegenüber heiklen Verhältnissen befindet, müssen wir hierbleiben, um den Schatz des Glaubens der Kirche Gottes zu hüten.

Es mag sein, daß auch für uns günstigere Tage kommen, wenn wir die gesegneten Früchte der vollen Freiheit, unseren Gott zu bekennen, empfangen werden. Heute ist es nur ein schwacher Schein, der durch dunkle Wolken fortgesetzter Drohungen und Alarme dringt.

Dennoch bitte ich Eure Exzellenz, dieses Schreiben nicht als Absage zu betrachten, sondern als Bestärkung unserer bescheidenen Bitte, für Polen zu beten, denn wir werden niemals die Hoffnung auf bessere Tage aufgeben.“

Immer noch ist keine katholische Tageszeitung zugelassen, und die katholische Wochenschrift „Tygodnik Powszechny“ kann ihre Auflage von 50 000 Exemplaren nicht erhöhen, weil die Papierzuteilung zu gering ist. Die Katholische Aktion ist nicht zugelassen, und es gibt noch keine katholischen Jugendorganisationen. Und selbstverständlich bleibt der geistige Kampf der Materialisten und Atheisten gegen die Religion, wenn auch nicht mehr so einhellig, bestehen.

Die katholischen Intellektuellen

Die Auseinandersetzung der verschiedenen intellektuellen Gruppen der polnischen Katholiken mit der Ideologie und Praxis, die ihr Land beherrschen, wie anderseits auch die Einstellung der verschiedenen Strömungen im polnischen Kommunismus zur Religion sind immer noch von besonderem Interesse. Einiges hat sich auch hier seit dem Oktober 1956 verschoben, wenn es auch — wie Andrzej Krasinski, eines der ehemaligen Mitglieder der Pax-Gruppe, in einem recht aufschlußreichen Artikel in „Esprit“ (Nr. 1, 1958) sagt — zutreffen wird, daß „die überwältigende Mehrheit der polnischen Katholiken die Wandlung, die im Oktober 1956 stattgefunden hat, noch nicht recht begriffen hat und... die polnischen katholischen Intellektuellen die Gründe, die sie bewogen haben, aktiv am sozialen Leben der sozialistischen Gesellschaft teilzunehmen, noch nicht in ihrer Tiefe analysiert haben“. Am 11. August veröffentlichte die etwa vor einem Jahr gegründete Warschauer Wochenschrift „Za i Przeciw“, die zunächst von einer von der Pax-Bewegung (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 62f., 262f., 503ff.; 11. Jhg., S. 132, 260, 527ff.) abgesplitterten Gruppe, dann nur noch von einem Mitglied derselben, R. Jan Frankowski, herausgegeben wurde, einen Artikel, der darlegte, die militanten Katholiken Polens zerfielen heute in vier Gruppen: „Die ‚Kreuzfahrer‘, die ‚mit dem Schwert in der Hand die angestammten Rechte der Kirche in Polen wiederherstellen wollen‘; die ‚stalinistische‘ Gruppe um die Pax-Journalisten, die unter der Führung von Boleslaw Piasecki die Demokratisierungsbestrebungen Gomulkas bekämpft und im Streit mit der Kirchenautorität liegt; die ‚katholischen Neo-Positivisten‘, die ‚Tygodnik Powszechny‘ und dem parlamentarischen Klub

„Znak“ nahestehen und eine politische Stellungnahme vermeiden, aber für die neuen Freiheiten und den wirtschaftlichen Wiederaufbau sind; schließlich der ‚soziale linke Flügel‘, welcher der Wochenzeitung ‚Za i Przeciw‘ und der Frankowski-Gruppe am Christlich-Sozialen Institut nahesteht, den Oktoberumschwung aktiv unterstützte und eine ‚konstruktive‘ Rolle im Leben der Nation spielen will.“ Die Rolle der Pax-Gruppe scheint — wie man schon sogleich nach der Regierungsübernahme Gomulkas sehen konnte — ausgespielt zu sein, obwohl ihr Leiter, Piasecki, nach dem Verlust seiner Position unter den Intellektuellen versucht hat, mit Hilfe seines Riesenvermögens eine Massenbewegung, „Sozial-radikale Bewegung der polnischen Katholiken“, aufzuziehen. Fast 100 Komitees dieser Bewegung arbeiteten auf dem Land, konnten aber kaum Anhänger gewinnen und scheinen keinerlei Einfluß zu besitzen (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 530). Die politische Einstellung von „Pax“ ist von den Ereignissen überholt worden; für die Kirche und die Gläubigen ist sie nie vertrauenswürdig gewesen. Vor allem aber hat die Vermittlerrolle zwischen kommunistischem Staat und katholischer Kirche in Polen, die sie anstrebte, keinen Sinn mehr, seit eine offizielle, aus Vertretern der Kirche und der Regierung gemischte Kommission alle Fragen, die sich zwischen Kirche und Staat ergeben, untersucht und einer Lösung zuführt (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 168).

Wie die Konstellation für die polnische Regierung und Partei aussieht, zeigt sich in einer Darlegung Jerzy Sztachelskis, des Leiters der gemischten Kommission für kirchliche Angelegenheiten vor dem Zentralkomitee der Partei: Pax und Piasecki haben ausgespielt; die Gruppen um die Zeitung „Tygodnik Powszechny“ und die parlamentarische Gruppe „Znak“ hängen zu stark vom Vatikan, „also von einer fremden Macht“, ab. Die einzige Gruppe, die sowohl der Regierung wie der Partei völlig ergeben sei, sei die Gruppe Frankowski („Za i Przeciw“), die daher aufs stärkste gestützt werden solle.

Frankowski sucht heute in der geistigen Auseinandersetzung die führende Rolle auf katholischer Seite zu spielen — wobei allerdings seine Stellung nicht ganz klar ist. „In kirchlichen und politischen Fragen scheint er augenblicklich irgendwo zwischen der stalinistisch gefärbten Pax-Organisation und der liberalen katholischen Parlamentsgruppe Znak zu stehen.“ Diese letztere, die Gruppe Znak, vertritt die katholischen Anliegen im Sejm, und sie wird auch gehört; sie hat dagegen Schwierigkeiten, in Kontakt mit der Öffentlichkeit zu bleiben, da sie kein eigenes Presseorgan besitzt.

Diskussion unter den kommunistischen Intellektuellen über die Religion

Die Zeitschrift „Hinter dem Eisernen Vorhang“ beginnt in ihrer Februarnummer einen reich dokumentierten Bericht unter der Überschrift „Die Partei und die Kirche“, in dem sie das Verhältnis dieser beiden Institutionen in den verschiedenen Staaten des Ostblocks beleuchtet: Der Bericht beginnt mit Polen. Den breitesten Raum nimmt in dieser Dokumentation die öffentliche Diskussion über die Religion ein, die sich im letzten Jahr in Polen abgespielt hat. Gegenüber den verschiedenen konfessionell betonten, aber uneinigigen Gruppen der katholischen Intelligenz ist in Warschau eine „Gesellschaft der Atheisten und Freidenker“ gegründet worden, die seit

Oktober 1957 eine neue Zeitschrift, „Argumenty“, herausgibt; ihr Daseinszweck ist es, Themen zu behandeln wie die Geschichte der Kirche in Polen, die atheistische Tradition usw., um „den wachsenden Einfluß der Geistlichen insbesondere auf den Dörfern, im verarmten Bürgertum der Städte und unter Frauen und Kindern zu bekämpfen“. Die Partei und ihr Führer Gomulka sind zwar im gegenwärtigen Zeitpunkt für Toleranz; die Partei-zeitschrift „Zycie Partii“ schrieb schon im März vorigen Jahres: „Alle Spannungen müssen beseitigt werden, und der Kampf für die Säkularisierung sollte im Geiste der Toleranz, der wahren Gewissensfreiheit geführt werden.“ Und Gomulka selber sagte auf der X. Plenarsitzung des Zentralkomitees der Partei im Oktober 1957: „Wir haben ein großes Bedürfnis nach Normalisierung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche erkennen lassen und eine Atmosphäre geschaffen, die diese möglich macht. Wir haben jenen katholischen Gruppen und Bewegungen, die für eine gemeinsame Arbeit der Gläubigen und Nichtgläubigen am Aufbau Volkspolens sind, die Möglichkeit öffentlichen Wirkens gegeben.“ Kardinal Wyszynski seinerseits hat kurz nach dem Verbot von „Po Prostu“ im letzten Oktober in einer Predigt die Jugend aufgefordert, sich zurückzuhalten und sich dem Wiederaufbau des Landes zu widmen: „Ihr sollt nicht vergessen, daß das Land in einer schwierigen Situation ist. Erkennt an, was schon errungen wurde. Nur durch unermüdete Arbeit könnt ihr eine bessere Zukunft schaffen.“

„Hinter dem Eisernen Vorhang“ berichtet dann über ein Rundgespräch in der Redaktion der wichtigen kommunistischen literarischen Wochenschrift „Nowa Kultura“, die Anfang Dezember stattgefunden hat und deren Gegenstand die Erziehung der Jugend war. (Sie wurde in Auszügen Anfang Januar in der Zeitschrift veröffentlicht.) Die verschiedenen Einstellungen, die innerhalb der polnischen „Vereinigten Arbeiterpartei“ gegenwärtig im Hinblick auf Religion und Weltanschauung herrschen, kamen dabei zum Ausdruck. Die Aussprache wurde geleitet vom polnischen Erziehungsminister Wladyslaw Bienkowski; er stellt zunächst fest, daß die Maßnahmen der Jugenderziehung vor dem Oktoberumschwung die Religion nicht geschwächt, keinen „laizistischen“ Geist in der Jugend geweckt hätten, sondern im Gegenteil das Anwachsen einer „religiösen Lawine“ als Protestaktion erzeugt haben. Das sei jetzt anders geworden. Bienkowskis Idee ist die, daß man aufhören solle, die Religion als ideologische Erscheinung zu betrachten, was sie nicht sei: „Die Religion ist eine Erscheinung des Soziallebens, sie ist die Form des gesellschaftlichen Lebens, die durch besondere Bedingungen herausgebildet wurde . . .; unter unseren Bedingungen und sogar in den nächsten Jahrzehnten wird diese Form nicht aufhören zu bestehen.“ In einigen Gesellschaftsformen veränderten die Religionen ihre Funktion, in Polen würde dieser Prozeß jedoch sehr lange dauern. Antireligiöse Propaganda könne nicht zum Absterben der Religion führen. Andere Diskussionsteilnehmer schlossen sich der Ansicht an, daß die Religion nicht durch atheistische Propaganda überwunden werden könne; einige dagegen traten für einen aktiven Atheismus ein und glaubten, die Einführung eines besonderen Lehrfachs Ethik in den Schulen könne ein Gegengewicht gegen den Religionsunterricht bilden. Manche Teilnehmer waren auch der Ansicht, es sei überhaupt nicht die Reaktion gegen den Stalinismus gewesen, der die Religiosität

neu belebt habe, sondern das sei eher mit Nachwirkungen des Krieges zu erklären, wie auch in anderen Ländern. Der Soziologe Jan Strzelecki meinte, die polnische Revolution (Oktober 1956) habe der Kirche einen großen Dienst erwiesen, indem sie ihr in den Augen der großen Masse die Charaktereigenschaften einer Institution geraubt habe, die mit einer auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaftsordnung verbunden ist. Das hätte ihren Einfluß nicht verringert, sondern vergrößert. Daher fürchteten die klügeren Väter der Kirche die sozialistische Ordnung keineswegs. Seiner Meinung nach finde in Polen nicht ein Prozeß der Polarisierung, sondern vielmehr der gegenseitigen Annäherung der sozial-ethischen Ideale des Katholizismus und des Sozialismus statt. „Daher interessiert mich mehr das Problem der Toleranz im System der Diktatur als der Kampf im Namen der rationalistischen Verhärtung.“

Das Schlußwort sprach der Dozent für Philosophie Leszek Kolakowski. Er resümierte die beiden Positionen in der Diskussion als die Haltung des „kämpferischen Atheismus“, der „von seiner sozialen Wirksamkeit im Kampf gegen den religiösen Fanatismus, den Klerikalismus, den Aberglauben und die christliche Mythologie überzeugt ist“, und die der „westlichen Indifferenz“, die davon überzeugt ist, daß das erfolgreichste Vorgehen gegen die Religion darin besteht, daß man Bedingungen schafft, die die Menschen gleichgültig gegenüber der Religion machen. Beide Positionen haben seiner Meinung nach nur teilweise recht: die religiösen Überzeugungen beruhen nicht auf Phänomenen des Bewußtseins und können daher nicht allein durch rationale Beeinflussung abgeschafft werden; sie sind andererseits auch nicht nur die Folge niederen Lebensstandards, sonst wäre Erziehung zur „Weltlichkeit“ (zum Laizismus) überhaupt unmöglich. Aber diese Erziehung kann nicht nur in naturwissenschaftlichem Unterricht in der Schule bestehen; denn „der Durchschnittsschüler kann ohne Schwierigkeiten an sich widersprechende Wahrheiten glauben, die man ihn lehrt — das stört seine Ruhe nicht“. Kolakowski möchte dagegen den allgemeinen humanistischen Horizont der Schüler erweitert sehen, ihm Relativismus und Geschichtsphilosophie nahebringen, ihm Zutritt zu verschiedenen Weltanschauungen, zu verschiedenen Erklärungen des menschlichen Lebens verschaffen. „Diejenige Schule, die die größte Möglichkeit zur Säkularisierung des Bewußtseins bietet, ist die Schule, die die größte humanistische Kultur vermittelt ... Die allgemeine geistige Kultur und das humanistische Wissen sind an sich Antireligion, nicht aber die Propaganda des Atheismus.“ Kolakowski meint, am weitesten würde es führen, wenn man einen gemäßigten, verwaschenen Gottglauben fördere, der den Gläubigen das Gefühl ließe, sie glaubten ja an Gott, und alles andere sei nicht so wichtig. In der Praxis gelte es, Fanatismus, Intoleranz gegenüber anderen Bekenntnissen und Aberglauben zu bekämpfen. „Wenn die bei uns leider in zu geringer Anzahl vorhandenen aufgeklärten und fortschrittlichen Katholiken den Ton im katholischen Leben Polens angäben, wären wirklich viele soziale Schwierigkeiten gelöst, und die Tatsache, daß die Leute an Gott glauben, wäre überhaupt nicht gefährlich.“

Bei der Säuberungs- oder Konzentrationsaktion der Partei, der sogenannten „Verifizierungsaktion“, nach der X. Plenarsitzung des Zentralkomitees im letzten Oktober, die wir erwähnt haben und bei der der Kampf sich

sowohl gegen die Stalinisten wie gegen die „Revisionisten“ richtete, erhob sich auch die Frage, ob der Partei Gläubige angehören könnten. (Die „Vereinigte polnische Arbeiterpartei“ hatte bis letzten Oktober etwa 1,3 Millionen Mitglieder, von denen — wie ein Bericht von Tadeusz Poraj-Kobielski im Märzheft der „Begegnung“ sagt — „nur eine kleine Minderheit die marxistische Lehre kannte“ und die nun auf rund 700 000 reduziert werden sollten.) Auch hier heißt die Richtlinie gegenwärtig Toleranz. „Trybuna Ludu“ veröffentlichte Anfang Dezember (nach KIPA, 7.12.57) einen Artikel von W. Pomykalo, in dem es hieß, Gläubige — Arbeiter, Bauern und Funktionäre — könnten der Partei angehören, sofern sie die Politik der Partei unterstützten. Nur Elemente, für die der Dorfpfarrer die oberste Instanz sei, hätten nichts in ihren Reihen zu suchen. Kurz darauf erschien in der gleichen Zeitung ein Interview, das Jerzy Morawski, Mitglied des Politbüros und des Komitees für kirchliche Angelegenheiten, einer Presseagentur gewährt hatte: auch Morawski vertrat die Ansicht, daß Gläubige der Partei angehören können, wenn sie an der Verwirklichung des Programms der Partei mitarbeiten wollen. Morawski wandte sich scharf gegen diejenigen, die bei der Überprüfung der Parteimitglieder die Katholiken diskreditieren wollten. Nur jene klerikalen Elemente müßten ausgeschieden werden, bei denen die bischöflichen Weisungen alles bedeuten und die Parteiprinzipien hintangestellt werden.

Das tägliche Leben des polnischen Volkes

Man wird vielleicht sagen können — und auch Poraj-Kobielski sagt das in dem erwähnten Bericht —, daß die ersten Nutznießer der Lockerungen, die das Oktoberregime gebracht hat, die Intellektuellen und „Bürgerlichen“ sind, für die geistige Freiheit wichtig wie die Luft zum Leben ist; denn die Besserung des „Klimas“ stellt den hervorragendsten Unterschied des gegenwärtigen Zustands gegenüber dem Zustand vor Gomulka dar. Die materiellen Verhältnisse sind, wie wir schon angedeutet haben, immer noch sehr bedrängt, und die wirtschaftliche Lage verspricht noch keine baldige Besserung. Das durchschnittliche Einkommen arbeitender Menschen aller Kategorien reicht, wenn Mann und Frau vollbeschäftigt sind, kaum für das Lebensminimum einer vierköpfigen Familie. Die Wohnungsverhältnisse sind äußerst beengt. Konsumgüter sind schwer und oft nur durch langes Anstehen oder auf Schleichwegen zu erhalten. Eine Folge dieser Not, doch auch der langanhaltenden Not der gesamten jüngsten Geschichte Polens, dazu des Fehlens jeglicher Achtung vor dem Zwang der Regierung in weiten Bevölkerungsschichten und der mangelnden Bindung an das Regime ist eine entsetzliche sittliche Verkommenheit, die einen verhältnismäßig großen Prozentsatz der polnischen Bevölkerung befallen hat, besonders auch die Jugend (vgl. auch Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 264). Eigentumsdelikte sind an der Tagesordnung, die Sexualmoral ist auf einem erschreckend niederen Stand, am schlimmsten ist aber das Umsichgreifen der Trunksucht. Trunksucht ist immer schon ein Laster des polnischen Volkes gewesen; heute jedoch zählt man auf eine Bevölkerung von 28 Millionen Menschen 2 Millionen Gewohnheitstrinker, darunter auch Kinder von 8 oder 9 Jahren. Die Trunkenheit führt dann von selbst zu weiteren Delikten, Gewalttaten und Sexualverbrechen. In vier Grundschulen

von Stettin tranken von 164 Schülern des ersten Schuljahrs 76 regelmäßig Schnaps; im Industriegebiet von Krakau sind die Zahlen noch schlimmer. Der Trunksucht verfallene Jugendliche rotten sich zu Banden zusammen, die rauben, raufen und schänden (nach einem Bericht von C. Boldirev in der „Deutschen Tagespost“, 21./22. 2. 58). Gegen diese Laster kämpfen die Kirche und Gomulka (der selber ein musterhaftes Familienleben führt) gemeinsam an. Sicher wäre hier einer der wichtigsten Faktoren die Förderung der Volksbildung. Doch was auch das Regime auf diesem Gebiet schon unternommen hat, der Erfolg ist gering. „Die vordringlichen Sorgen der Belegschaften der Fabriken . . ., der Bauern, der kleinen Angestellten und Gewerbetreibenden drehen sich um ihre ohnedies sehr geringen materiellen Erfordernisse. Die Leute erstreben ein auskömmliches Realgehalt, um sich satt zu essen, einen nicht allzu beengten Wohnraum . . ., Kleidung, die nicht sofort in Lumpen zerfällt und die zu kaufen kein schier unlösbares Problem darstellt. Darüber hinaus werden die höheren Bedürfnisse, sei es, bei der sehr großen Mehrheit, durch die in Kultus, Religionsunterricht und karitativ-kultureller Wirksamkeit nicht behinderte Kirche befriedigt, sei es, für eine Minderheit, durch das verzweigte Netz der kommunistischen Fortbildungs- und Unterhaltungsinstitutionen.“ Darüber hinaus versagt alles Bildungsinteresse (nach Poraj-Kobielski, in „Begegnung“).

Die Kirche befriedigt nicht nur das tiefe Glaubensbedürfnis der überwiegenden Mehrheit des polnischen Volkes, sondern sie stellt auch dessen wichtigste Lehrmeisterin zu einem einigermaßen humanen und sittlichen Leben dar. Die Regierung Gomulka scheint sich der Bedeutung der Redefreiheit des polnischen Episkopats in dieser Hinsicht wohl bewußt zu sein, die manchmal erstaunlich weit geht. In einer Ansprache bei der Feier von Mariä Himmelfahrt im vergangenen Sommer in Tschenschostochau sagte Kardinal Wyszynski u. a., die Lage der Kirche bleibe trotz der errungenen Vorteile schwierig, und es gebe für sie nichts Wichtigeres als den Mut der Christen. Der Glaube des polnischen Volkes sei durch eine materialistische Weltauffassung bedroht gewesen, aber aus diesem ideologischen Kampf sei die Nation siegreich hervorgegangen. Man könne das an der heutigen Jugend sehen; sie habe der materialistischen Doktrin den Rücken gekehrt, die sie als hohle Worte ablehne. Noch weiter ging der neue Erzbischof von Posen, Msgr. Bara-

niak — er folgte dem verstorbenen Erzbischof Dymek Ende 1957 auf dem Posener Bischofssitz —, als er sich in einem Hirtenbrief an die polnische Jugend wandte. Er erklärte: „Die polnische Jugend steht heute hilflos und ihrer Ideale beraubt da . . . Man hat sie von Gott getrennt, man hat sie des Evangeliums beraubt und ihnen nichts als Ersatz dafür gegeben. Darum kehrt die polnische Jugend heute dem doppelten Spiel des Kommunismus den Rücken und hat das Vertrauen in ihre Lehrer und Erzieher verloren. Aber“, so fuhr der Erzbischof fort, „sie hat sich auch von der Kirche entfernt, die durch die kommunistischen Lügen in ihren Augen herabgesetzt worden ist. Ihr sagt, daß ihr heute ihre Lehren nicht mehr versteht. Eure Ohren sind voll von anderen Worten, wie Wissenschaft, Kultur, Technik, Fortschritt . . . es gibt keine geistige Kultur, keinen Fortschritt ohne die Worte Gott, Moral, Gewissen . . . Ihr wißt, daß man euch getäuscht hat.“ Solche Dinge können heute in Polen offen ausgesprochen werden, ohne daß deren Urheber irgend etwas geschieht.

Die Kirchen sind in Polen immer voll. Der Klerus genießt hohes Ansehen, besonders auf dem Lande. Die Priesterberufe sind zu zahlreich, um in den Seminaren Aufnahme finden zu können. Im August 1957 begann eine feierliche Reise der Muttergottesikone von Tschenschostochau, eines Abbilds des heiligen Bildes von Jasna Gora, dem zentralen Marienheiligtum Polens, durch das ganze Land, die neun Jahre lang dauern soll, bis zum Jahre 1966, der Jahrtausendfeier der Beköpfung Polens zum Christentum.

Als besonders bezeichnend für den Glauben in Polen kann man aber wohl folgendes Ereignis ansehen: In der Nähe von Krakau hat das kommunistische Regime eine echte sozialistisch-atheistische Industriestadt, Nowa Huta, angelegt, die sein ganzer Stolz ist. Nowa Huta wurde mit allem ausgerüstet, was der Arbeiter nach materialistischer Auffassung braucht: Wohnblocks, Wohnhotels für unverheiratete Arbeiter, Geschäfte, Kinos, Klubs, Wirtschaften; aber in der ganzen Anlage gab es keine Kirche, und es sollte dort auch keine errichtet werden. Ende 1957 ist nun eine Arbeiterdelegation von Nowa Huta bei der Regierung in Warschau erschienen und hat gefordert, daß ihre Stadt eine Kirche erhalte. Die Abordnung hat Erfolg gehabt: in Nowa Huta wird eine große Kirche im Herzen der Stadt, auf dem Karl-Marx-Platz errichtet werden, an der Ecke einer Straße, die den Namen des berühmten kommunistischen Dichters Wladimir Majakowski trägt.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Mission und Liturgie

Was bedeutet heute die Liturgie für die Glaubensverbreitung der Kirche? Was könnte und sollte sie für die Mission bedeuten? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Überlegungen, die ein Arbeitsteam des Instituts für missionarische Glaubensverkündigung (Institute for Mission Apologetics) in Manila (Philippinen) unter der Führung von Johannes Hofinger SJ und Joseph Kellner SJ angestellt haben. Ihre Ergebnisse sind jetzt auch der deutschsprachigen Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden (Liturgische Erneuerung in der Weltmission, Tyrolia Verlag, Innsbruck/Wien/München 1957, 455 S.).

Das Buch — es erschien 1956 in englischer Sprache — richtet sich seinem Thema nach verständlicherweise zunächst an den Missionsklerus. Der derzeitige Stand des liturgischen Lebens in der Weltmission wird untersucht; die Forderungen und Wünsche, die die Verfasser für eine vertiefte und erneuerte Liturgie aussprechen, haben sowohl als Ausgangspunkt wie auch als Ziel immer die Weltmission bei den „Heidenvölkern“ vor Augen. Joseph Andreas Jungmann SJ, der das Vorwort zur deutschen Ausgabe des Buches schrieb, bemerkt, daß niemand sich darüber wundern wird, wenn „Glaubensboten, die vor zwanzig oder mehr Jahren aus der Heimat ausgezogen sind, von der Liturgischen Bewegung die Vorstellungen